

Kolumne, 17.06.2013
© Dr. Sabine Schiffer

Blockupy Taksim

Während in der Türkei Demonstranten für Demokratie und Meinungsfreiheit auf die Straße gehen, sind vergleichbare Demonstranten in Deutschland eher ein Ärgernis – glaubt man der gängigen Berichterstattung.

Zu Beginn der Blockupy-Demonstrationen in Frankfurt war die Diskrepanz in der Bewertung der Demonstrationen in Deutschland und der Türkei beispielsweise in den öffentlich-rechtlichen Fernsehnachrichten besonders auffällig. Damals wie heute kommt vorzugsweise die Türkei vor. Dabei sind die Bilder von eingesetzten Wasserwerfern durchaus vergleichbar.

Klar, die Motivationen, Auslöser und der Unmut in der Türkei und Deutschland sowie anderen EU-Ländern sind unterschiedlich. Gemeinsam ist den Bewegungen jedoch, dass sie ihren Protest im öffentlichen Raum kundtun. Und da fällt dann sofort die unterschiedliche Bewertung in den gängigen Nachrichtenformaten auf.

Vom Ignorieren bis Kriminalisieren ist die Berichterstattung über die Blockupy-Demonstrationen geprägt – in den Blog-Kommentaren einiger online-Medien wird die beobachtbare Polizeigewalt als durchaus legitimes Mittel gegen gewaltbereite Demonstranten gewertet. Die offiziellen Stellungnahmen distanzieren sich ebenso auffällig vom Anliegen der Demonstranten, denen Antikapitalismus und damit Demokratiefeindlichkeit unterstellt wird. Vom demokratischen Recht auf Meinungsfreiheit ist hingegen in Bezug auf die Türkei die Rede.

Erst als es zur Einkesselung und dem Bekanntwerden unverhältnismäßiger Härten für die Demonstranten in Frankfurt kommt, wendet sich das Blatt der Betrachtung etwas. Von der Verve, mit der die Demonstrationen in der Türkei begrüßt werden, ist man aber auch weiterhin in den großen Referenzmedien entfernt.

Hingegen wird durchwegs das rabiate Vorgehen der Ordnungskräfte in der Türkei kritisiert, sowie die verantwortliche Regierung Erdogans. Man solidarisiert sich unumwunden mit den Demonstranten. Hatte man nicht seit eh und je Zweifel an der Integrität der islamistischen AKP-Regierung? Angesichts der Räumung von Taksim und Gezi-Park werden gar Forderungen an die EU laut, klar Stellung gegen die Vorgehensweise des türkischen Premiers zu ziehen.

Kritik an Merkel im Zusammenhang mit Blockupy? Oder gar Aufrufe an die EU, doch eine Erklärung gegen die Regierung Merkel zu verfassen und deren brutales Vorgehen gegen Demonstranten zu verurteilen? Dies bleibt ein undenkbares Kolumnenthema.

Jutta Ditfurth hat den Kessel am 1. Juni in Frankfurt erlebt und schildert folgende Beobachtungen: „Ich musste im Kessel viele Stunden beobachten, dass jede zweite

oder jeder dritte Kesselgefangene beim gewaltsamen Abführen aus unseren Reihen misshandelt wurde. Noch nie in 40 Jahren als politische Aktivistin habe ich gesehen, dass die Polizei so systematisch, so massenhaft und planvoll folterähnliche Griffe anwendet, die unerträgliche Schmerzen zufügen. Die Polizei hat Nasen hochgerissen, Augen gedrückt, Druckpunkte am Hals gefunden, Handgelenke überdehnt, Schultergelenke ausgekegelt. Diese brutalen Überdehnungen von Sehnen, die Beschädigungen von Weichteilen und die Nervenquetschungen hatten oft wochenlange Schmerzen zur Folge.“ Davon dürfte auch bei den türkischen Opfern brutaler Polizeiattacken auszugehen sein.

Wie kommt es zu dieser unterschiedlichen Bewertung vergleichbarer Phänomene? Klar, die Blockupy-Demos sind vergleichsweise klein. Vielleicht würden sie das aber nicht bleiben, wenn über sie auch nur annähernd so wohlwollend berichtet würde, wie über die Entwicklungen in der Türkei. Außerdem sind 15 bis 20.000 Solidarische gegenüber den Geknebelten der Wirtschaftskrise gerade im Herzen der Troika keine Kleinigkeit. Man stelle sich vor, diese Bilder wären massenhaft um die Welt gegangen?! Ein lebendiges Zeichen von Solidarität und der Chance auf Veränderung der menschen- und naturfeindlichen Strukturen unserer Wirtschaftsordnung.

Dagegen scheinen die Bilder aus der Türkei ein willkommenes Ablenkungsmanöver, solange sie als Straßenprotest gegen die konservative Regierung interpretiert werden. Wenn sie als Teil einer globalen Protestbewegung, die die Plätze in Athen, Madrid und anderswo erreicht, begriffen wird, dürfte das Wohlwollen der Teile von Medien und Politik enden, die dem turbo-kapitalistischen System verpflichtet sind.